

*Verehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

*mit diesem fröhlichen Infobrief wollen wir Sie über verschiedene Aktivitäten unserer Fachbereiche ebenso informieren, wie über die kürzlich stattgefundenen Neuwahlen im Bezirksverband Oberfranken.*

*Neben der Info unseres Fachbereichs Lebensmittelchemie über sein Neujahrstreffen „Umwelt und Verbraucherschutz“ mit Frau Staatsministerin Ulrike Scharf informiert Sie unser Bezirksverband Oberfranken über seine Mitgliederversammlung am 27. April, bei der auch der Vorstand neu gewählt wurde. Die bisherige Vorsitzende Marion Resch-Heckel stellte sich nach acht Jahren aktiver Arbeit für den VHBB leider nicht mehr zur Wiederwahl, als neuer Bezirksvorsitzender wurde Thomas Kerner gewählt. Für den unermüdlichen Einsatz für unseren Verband möchte ich Marion Resch-Heckel von ganzen Herzen danken. Die Wahl zur Ehrenvorsitzenden des Bezirksverbandes war die logische Folge dieses außergewöhnlichen Engagements. Herrn Kerner gratuliere ich zu seiner neuen Aufgabe und freue mich auf die künftige Zusammenarbeit.*

*Der Fachbereich Forst berichtet über seine aktive Hilfe für Forstreferendare, indem engagierte Mitglieder für die angehenden Forstleute eine eintägige Prüfungssimulation angeboten haben. So wurde den zukünftigen Kollegen geholfen und gleichzeitig für unseren Verband als aktiver Vertreter seiner Mitglieder geworben.*

*Unser Bundesverband BVHD hat in seiner letzten Sitzung die GDL - Streiks thematisiert und eine Resolution mit der Forderung zur Verbeamtung von Lokführern verabschiedet, der man sich nur von Herzen anschließen kann. Diese Resolution wurde natürlich umgehend auf der VHBB-Homepage eingestellt. Vor den Privatisierungswellen der letzten Jahre war unser Berufsstand sicherer Garant für die Grundversorgung in den wichtigsten Lebensbereichen; heute wird darüber diskutiert das Streikrecht in diesen Bereichen der Daseinsfürsorge einzuschränken. Schade dass der Wert des Berufsbeamten-tums immer noch nicht richtig erkannt wird!*

*Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Freude.  
Mit den besten Grüßen*

*Ihr*



Mathias Pfeil



### Inhaltsverzeichnis

#### Seite 2

**Fachbereich  
Lebensmittelchemie:  
Neujahrstreffen  
„Umwelt und  
Verbraucherschutz“**

#### Seite 3

**Bezirksverband  
Oberfranken:  
Mitgliederversamm-  
lung mit Neuwahlen**

**Die Geschäftsstelle  
des VHBB informiert:  
Wir sind umgezogen!**

#### Seite 4

**Fachbereich Forst:  
Hilfe für Referendare  
- Werbung für den  
VHBB**

**bvhd - Resolution zum  
aktuellen Bahnstreik**

**Impressum**



# Neujahrstreffen „Umwelt und Verbraucherschutz“

Am 28. Januar 2015 lud Staatsministerin Ulrike Scharf zum Neujahrstreffen „Umwelt und Verbraucherschutz“ ins Künstlerhaus am Lenbachplatz in München ein.



Staatsministerin Ulrike Scharf mit Dr. Elisabeth Bumberger

Vor dem Hintergrund, dass Umwelt- und Verbraucherschutz nationale und internationale Anliegen sind, begrüßte Staatsministerin Scharf die Vertreter/innen des Diplomatischen Corps und des Parlaments sowie die Delegierten der Bezirke, Kreise und Gemeinden. Das Grußwort, verbunden mit dem Dank für die bislang erfahrene Unterstützung,

richtete sich auch an die Repräsentant/innen von Verbänden, Vereinen und Interessensgemeinschaften sowie an die Vertreter/innen von Wirtschaft und Kammern. Gäste aus Wissenschaft und öffentlichem Dienst wurden ebenso willkommen geheißen wie die Abordnungen der ehrenamtlichen Helfer, denen Staatsministerin Scharf Hochachtung für ihre Arbeit zollte. Nicht zuletzt galt der Gruß und Dank den Mitarbeitern im Ressort.

Der erste Teil ihrer Rede stand unter dem Motto „Zukunft gemeinsam gestalten“. Bürger und Politik sind aufgerufen, in verantwortlicher Weise für eine lebenswerte Zukunft zu sorgen, die gemeinsame Basis lautet dabei ‚Nachhaltigkeit‘. Beispielsweise bietet Bayern als eine der stärksten ökonomischen Regionen Jugendlichen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, aber auch der Erhaltung der in Bayern vorkommenden Tier und Pflanzenvielfalt soll das Augenmerk gewidmet werden.

„Schöpfung bewahren, natürliche Lebensgrundlagen erhalten, Menschen schützen“ sind Anliegen der Ministerin und ihrer Mitarbeiter im Ressort. Der Respekt vor der Schöpfung soll in eine verantwortliche Politik einfließen. Als Beispiele nannte Fr. Staatsministerin Scharf das verdoppelte Biosphärenreservat in der Rhön, das Biodiversitätsprogramm „NaturvielfaltBayern“, die Kampagne „Natur in der Stadt“ sowie die Initiative „BayernTourNatur“.

Die Umweltbildung soll finanziell gefördert werden, neue Wege werden beschritten, um Menschen näher an die Natur heranzuführen, z.B. die attraktiven Angebote der Nationalparks zu nutzen, ein Motto lautet „Sanfter Tourismus“.

2015 soll ein Jahr des Klimaschutzes werden, das Augenmerk richtet sich hierbei auf die Renaturierung der Moore, die Verbesserung des Hochwasserschutzes und die Förderung der Klimaforschung.

Mit einem klaren „Nein“ distanzierte sich Staatsministerin Scharf von der Anwendung der grünen Gentechnik. Das von Bayern seit Jahren geforderte Selbstbestimmungsrecht der

Länder steht im Europa kurz vor der Umsetzung. Auch über das geplante Freihandelsabkommen TTIP soll die Gentechnik nicht auf Bayerns Äcker ankommen.

Die Reinheit der Luft zählt für Staatsministerin Scharf zu den schützenswerten natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere in den Ballungsräumen. Eindeutig gab sie zu erkennen, dass sie die kommunale Trinkwasserversorgung befürwortet und das unkonventionelle Fracking ablehnt, solange Gefahren nicht auszuschließen sind.

Mit einem Rückblick auf die dramatischen Hochwassersituationen in Passau und Fischerdorf wurde deutlich, dass Wasser auch schädigende Wirkung verursacht. Für das Aktionsprogramm 2020plus sollen zusätzlich 1,6 Mrd. € für den Hochwasserschutz zur Verfügung gestellt werden, z.B. für Flutpolder entlang der Donau und für den Ausbau der natürlichen Rückhaltebecken.

„Sichere Lebensmittel“, unter dieser Überschrift verwies Frau Staatsministerin Scharf auf einen weiteren umfangreichen Bereich in ihrer Ressortverwaltung. Durch qualifiziertes Fachpersonal werden pro Jahr über 70.000 Proben untersucht und ca. 150.000 Kontrollbesuche abgestattet.

Eine engagierte Verbraucherpolitik ist begründet in einer schnellen Information, in guter Verbraucherbildung und in einer effektiven Rechtssetzung. Durch Information und Weiterbildung kann der Verbraucher hinsichtlich eines kritischen Verhaltens im Marktgeschehen sensibilisiert werden. Unter Beibehaltung der Eigenverantwortung soll ein konsequenter Schutz des Schwächeren gewährleistet werden, z.B. bei Datenmissbrauch bei Jugendlichen im Internet oder Verschärfung der Regeln insbesondere bei unseriösen Praktiken und Angeboten, die auf ältere Mitbürger ausgerichtet sind.

Die Produktsicherheit wird gewährleistet durch eine neu organisierte, auf Schwerpunktämter ausgelegte Marktaufsicht in engem Schulterschluss mit Verbraucherzentralen und Verbraucherservice. Für eine erfolgreiche Umwelt- und Verbraucherpolitik setzt Staatsministerin Scharf auf Transparenz, Beteiligung und Kooperation.

Nach ihrer Rede suchten viele der geladenen Gäste das persönliche Gespräch mit Fr. Staatsministerin Scharf, für das sie jeweils bereitwillig zur Verfügung stand. So ergab sich für unsere Vertreterin Dr. Bumberger die Gelegenheit, sich bei Staatsministerin Scharf für die Einladung des VHB – Fachbereich Lebensmittelchemie zu bedanken und ihr mit den besten Grüßen des FB-Vorsitzenden Hr. Dr. Werkmeister den Sonderdruck „130 Jahre Lebensmittelchemische Untersuchungseinrichtungen in Bayern“ übergeben. Dieser Artikel stellt anschaulich dar, dass Lebensmittelchemiker schon seit vielen Jahren im Verbraucherschutz tätig sind und einen wertvollen Beitrag auf diesem Gebiet leisten.

Dr. Elisabeth Bumberger

# Mitgliederversammlung des VHBB Oberfranken

Dringender Appell an die Politik: „Verpflichtung zum Personalabbau stoppen!“

Bei der oberfränkischen Mitgliederversammlung, die erstmals am 27. April 2015 in Neudrossenfeld im Saal des Brauereigasthofs Bräuwerck stattfand, durfte die Bezirksvorsitzende Marion Resch-Heckel namhafte Gäste aus Politik und Verwaltung willkommen heißen. Grußworte zu den Mitgliedern sprachen die Regierungsvizepräsidentin Petra Platzgummer-Martin, der Präsident des Zentrums Bayern Familie und Soziales, Dr. Norbert Kollmer, Landrat Klaus-Peter Söllner, Bürgermeister Harald Hübner und MdL Markus Gansemer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Das Hauptreferat hielt MdL Ingrid Heckner, CSU, die Vorsitzende des Ausschuss Öffentlicher Dienst des bayerischen Landtags, mit der Vorstellung aktueller dienstrechtlicher Entwicklungen. Eine Evaluierung der Dienstrechtsreform, die der VHBB ja sehr kritisch begleitete, zeige, dass sich Befürchtungen einer Abwertung des ehemals höheren Dienstes nicht bewahrheitet haben. Wie früher der Aufstieg ist jetzt der Durchstieg in eine höhere Qualifizierungsebene tatsächlich nur wenigen dafür am besten geeigneten Beamtinnen und Beamten eröffnet. Das neue Dienstrecht führe mit seinen vielen familienfreundlichen Elementen auch dazu, dass Bayern jünger und weiblicher werde. Die Reform „Verwaltung 21“ trat vor zehn Jahren an mit dem Anspruch, dass durch den Rückzug aus Aufgabenbereichen und Deregulierung Personal eingespart werden kann. Ein Aufgabenabbau erfolgte aber nicht in dem Maß, wie der verpflichtend vorgegebene Stellenabbau, deshalb werde jetzt zunehmend über negative Auswirkungen einer Leistungsverdichtung geklagt, wie Krankheitsausfälle und Qualitätseinbußen. Andererseits hat sich die Personalquote von etwa 40% des Staatshaushalts nicht reduziert, weil in Brennpunktbereichen immer wieder Personalmehrungen erforderlich sind, so bei der Polizei wegen der Kriminalitätsentwicklung, bei den Lehrern wegen der teilweisen Wiedereinführung des G9 und im Asylbereich wegen des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen. Ziel der CSU als Staatsregierung bleibe dabei ein Haushalt ohne Neuverschuldung, jedoch müssten zentrale Leistungen des Staates weiterhin fristgerecht und qualitativ erbracht werden.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand die Forderung an die Politik, den verpflichtenden Stellenabbau auszusetzen und die dreimonatige Wiederbesetzungssperre ersatzlos zu streichen. Fortkommensmöglichkeiten im bayerischen Öffentlichen Dienst und die Bezahlung seien wieder in Ordnung, wie jüngst die Übernahme des Tarifabschlusses auf alle Beamtinnen und Beamten zeige. Aber mittlerweile muss besonders die Innere Verwaltung, die zu Beginn der Reformen tatsächlich etwas Speck angesetzt hatte, aufpassen, nicht magersüchtig zu werden.

Im zweiten Teil der Veranstaltung berichtete die Bezirksvorsitzende Abteilungsdirektorin Marion Resch-Heckel ausführlich aus dem Landesverband des VHBB und dem



v.l.n.r.: Präsident Dr. Norbert Kollmer, Landrat Klaus-Peter Söllner, Abteilungsdirektorin Marion Resch-Heckel, Ingrid Heckner, MdL, Regierungsvizepräsidentin Petra Platzgummer-Martin und der neue Bezirksvorsitzende Regierungsdirektor Thomas Kerner

Bezirksverband, den sie seit nunmehr acht Jahren leitet. Bei den anschließend durchgeführten turnusgemäßen Neuwahlen stand sie für eine Wiederwahl aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung. Neuer Bezirksvorsitzender wurde Regierungsdirektor Thomas Kerner, der Leiter der Abteilung Soziale Entschädigung und Stiftungen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. Dem Bezirksvorstand gehören für die nächsten vier Jahre Baudirektorin Kathrin Riedel, Regierungsdirektor Matthias Kerling, Bauoberrat Christian Wunderlich und Forstoberrat Gerhard Lutz an.

Frau Marion Resch-Heckel wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Zum Abschluss der Versammlung führten Herr Bürgermeister Hübner und der Verwaltungsleiter der Gemeinde Neudrossenfeld, Reiner Schimpf, interessierte Teilnehmer noch fachkundig durch das „Bräuwerck“. Das einst dem Verfall preisgegebene Areal ist heute mit Gastwirtschaft, Biergarten, Brauerei, Lindenbaumuseum und Ausstellungshalle Eishaus als rundum gelungene Ortskernsanierung ein Leuchtturmprojekt der Städtebauförderung in Bayern.

Matthias Kerling

## Die Geschäftsstelle informiert

Wir sind umgezogen! Unsere neue Adresse:

VHBB

Wotanstraße 86

80639 München

Telefon- und Faxnummer sowie unsere Emailadresse bleiben gleich:

Tel. 089/28001 11

Fax 089/2805664

E-Mail [info@vhbb](mailto:info@vhbb)



## Hilfe für Forstreferendare - Werbung für den VHBB

Der Fachbereich Forst des VHBB hat die Forstreferendare/-innen des Prüfungsjahrganges 2015 zu einer eintägigen Prüfungssimulation eingeladen, da die Ausbildung und optimale Vorbereitung des Führungsnachwuchses für die forstlichen Arbeitsfelder bei der Bayerischen Forstverwaltung, den Bayerischen Staatsforsten und den forstlichen Verbänden uns ein Anliegen ist.

Mitglieder unseres Fachbereichs Forst und zwei uns freundschaftlich verbundene Kollegen, die in der Ausbildung und auch als Prüfer aktiv sind, haben für die 27 Forst-



Forstreferendare/-innen des Prüfungsjahrganges 2015 in Ebrach

referendare/-innen in den Fachgebieten Waldbau, Holz/Betriebswirtschaft und Rollenspiel je eine 30 minütige Prüfung und anschließendes Feedback angeboten.

Als Mitglied des Vorstands hat Ludwig Angerer in seiner Einführung Information über unseren Verband gegeben und die jungen Kolleginnen und Kollegen mit Werbematerial über unseren VHBB versorgt.

Kollege Ulrich Mergner, Leiter des Forstbetriebes Ebrach der Bayerischen Staatsforsten, hat uns seinen Wald und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, mit einem strafforganisierten Programm haben wir den Referendaren/-innen ein Echtzeiterlebnis der auf Sie zukommenden Prüfung verschafft. Die Referendaren/-innen bildeten Dreiergruppen, so dass jeder einmal selbst die Prüfungssituation erleben konnte und zweimal durch Dabeisein Erfahrung sammeln konnte.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Referendare/-innen das Angebot dankbar angenommen haben. Die Resonanz war insgesamt positiv. Für uns als Prüfer war es ein anstrengender, aber auch erfolgreicher Tag. In der Nachbesprechung waren wir uns einig, dass wir auch 2016 einen Tag Prüfungssimulation und der Werbung für den VHBB anbieten werden.

Ludwig Angerer

## bvhd - Resolution zum aktuellen Bahnstreik

Auch der Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes - bvhd - hat in seiner letzten Tagung Anfang Mai die Auswirkungen der Bahnstreiks für die öffentliche Daseinsvorsorge behandelt und die folgende Resolution beschlossen.

### Infrastruktur muss streikfest werden!

Der aktuelle Bahnstreik zeigt wieder wie zentral öffentliche Aufgaben für die Gesellschaft sind. Infrastruktur ist das Rückgrat einer erfolgreichen Gesellschaft.

Wir fordern im Einklang mit dem Grundgesetz, den Bahnverkehr als zentralen Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur wieder in staatliche Hand zu übernehmen und Beamtinnen und Beamten zu übertragen, die nicht streiken. Aktuelle Notfallprogramme der Bahn funktionieren derzeit vor allem, weil die Beamtinnen und Beamten der Bahn aus der Zeit vor der Privatisierung eingesetzt werden können.

Zudem muss der gesamtwirtschaftliche Schaden dieser Streiks gesehen werden. In den Ballungsräumen bricht der Berufsverkehr zusammen und in einer mobilen Gesellschaft wird der Preis für den Streik von der Wirtschaft und der Allgemeinheit bezahlt.

Dr. Wolfgang Bruckmann

### Impressum

#### FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH

**Mathias Pfeil**  
Dipl.-Ing. Architekt,  
Generalkonservator, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

#### REDAKTION, SATZ & LITHO

**Roland Hoffmann, VHBB**

#### AUTOREN

Mathias Pfeil  
Ludwig Angerer  
Dr. Wolfgang Bruckmann  
Dr. Elisabeth Bumberger  
Roland Hoffmann  
Mathias Kerling